Nummer 71 — 30. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmwelt-schau". Monatlicher Bezugspreis 3 ℳ einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Dobczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Mittwoch, den 25. März 1931

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,50 ℳ. Belegex. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: Franz Baumann, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20111. Postscheckkonto Dresden 1303. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 6171

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der Reichstag arbeitet auf

Dritte Lesung des Reichshaushalts — Wichtige Abstimmungen

Berlin, 24. März.

Die Beratung des Reichshaushaltplanes für 1931 nähert sich im Reichstag dem Abschluß. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht bereits die dritte Lesung des Etats. Man rechnet aber innerhalb des Reichstagspräsidiums offenbar mit einer glatten Erledigung dieser Beratung, denn in der gleichen Sitzung soll noch das Waffenmißbrauchsgesetz endgültig verabschiedet werden. Vorsorglich sind auch schon der Schiedsvertrag und die zweite Beratung der Osthilfe auf die Tagesordnung gesetzt worden.

In seiner Montag-Sitzung hat der Reichstag zahlreiche, zum Teil sehr

wichtige Abstimmungen

vorgenommen. Der von den Sozialdemokraten beantragte und vom Ausschuß angenommene Gesetzentwurf über die Erhöhung der Aufsichtsratssteuer von 10 auf 20 v. H. wird in zweiter und dritter Beratung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Christlichsozialen und eines Teils des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei angenommen. — Angenommen wird auch in zweiter und dritter Beratung der sozialdemokratische Entwurf auf einen zehnprozentigen Einkommensteuerzuschlag bei Einkommen über 20 000 RM. Die Erträge dieses Zuschlages sollen den Ländern mit der Maßgabe zufließen, sie an die Gemeinden zur Deckung der Unterstützungen für Wohlfahrtserwerbslose zu überweisen.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Reichsfinanzminister Dietrich wird mit 246 gegen 50 Stimmen bei 35 Stimmenthaltungen von Wirtschaftspartei und Landvolk abgelehnt.

Eine kommunistische Entschließung auf Offenlegung der Steuerlisten, für den auch die Sozialdemokraten und einige Christlichsoziale stimmen, wird mit 192 gegen 143 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird mit 189 gegen 149 Stimmen eine von den Kommunisten beantragte und von den Sozialdemokraten unterstützte Entschließung angenommen, in der die Regierung um einen Gesetzentwurf ersucht wird, wonach zur Senkung der Neubaumieten für alle nach dem 1. April 1924 erstellten Wohnbauten eine Befreiung von der Grundsteuer der Länder und Gemeinden ab 1. April in Kraft tritt. Der volle Betrag dieser Steuersenkung soll restlos von der Miete abgesetzt werden. Weiter soll zur Senkung der Altmieten auf den Stand der Friedensmieten die Hauszinssteuer um 30 v. H. gesenkt werden. — Weiter stand gestern die von den Sozialdemokraten beantragte

Aenderung des Lichtspielgesetzes

zur dritten Beratung, wonach verbotene Filme zur Vorführung vor bestimmten Personenkreisen zugelassen werden müssen. Ein Antrag auf Ausschußüberweisung wurde abgelehnt. Vom Zentrum wurde beantragt den sozialdemokratischen Entwurf dahin zu ändern, daß die Mußbestimmung in eine Kannbestimmung umgewandelt wird, daß also die Vorführung der Filme vor bestimmten Personenkreisen nicht zugelassen werden muß.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte, die Notwendigkeit, die Mußvorschrift in eine Kannvorschrift umzuwandeln, ergibt sich daraus, daß jetzt Filme hergestellt worden sind, die für den Eintritt in die Fremdenlegion werben. Auch die Sozialdemokraten werden kaum wünschen, daß solche Filme auf Verlangen bestimmter Personenkreise zur Vorführung zugelassen werden müssen. — Dementsprechend wurde das Gesetz gegen die Stimmen des Zentrums und der Rechten unter Einfügung der Kann-Vorschrift angenommen.

*

Von den am Montag vorgenommenen Abstimmungen kommt die größte Bedeutung den sozialdemokratischen Steueranträgen zu. **Es ist anzunehmen, daß der Reichsrat mindestens gegen die Erhöhung der Einkommensteuer Einspruch erheben wird.** Kommt dieser Einspruch zustande, dann wäre ein nochmaliger Beschluß des Reichstages mit Zweidrittelmehrheit notwendig. Da diese Zweidrittelmehrheit nicht zur Verfügung steht, darf die Durchführung der Einkommensteuer-Erhöhung als unwahrscheinlich bezeichnet werden.

„Wirtschaft stärker als Politik"

Weitere Stimmen zum deutsch-österreichischen Vertrag

Berlin, 24. März. Die Botschafter Frankreichs, Englands und Italiens sind am Montagnachmittag vom Reichsaußenminister Dr. Curtius empfangen worden, um sie über die Auffassung der Regierung hinsichtlich der deutsch-österreichischen Zollunion ins Bild zu setzen, nachdem der Wortlaut den verschiedenen Regierungen bereits vorher zur Kenntnisnahme übersandt worden ist. **Der Text der „Richtlinien über die handels- und zollpolitische Angleichung zwischen Deutschland und Oesterreich", die wir in ihrem wesentlichen Inhalt bereits mitgeteilt haben, ist am Montagabend veröffentlicht worden.** Die Gesamtsituation wird trotz verschiedener Schritte, die in Wien unternommen worden sind, in Berlin außerordentlich ruhig beurteilt und darauf hingewiesen, daß völkerrechtlich der Abschluß der Zollunion einwandfrei fundiert ist.

Prag, 24. März. Der Zentralverband der Kaufmannschaft veranstaltete gestern abend ein Bankett, auf dem auch Handelsminister Dr. Matuschek das Wort ergriff. Dem Prager Tagblatt zufolge erklärte er, was die österreichisch-deutschen Vereinbarungen betrifft, so müsse er sich vor der Hand auf die bekannten Tatsachen stützen. Die tschechoslowakische Regierung könne sich nicht äußern und keine Stellung nehmen, solange die Ansicht der Großmächte nicht bekannt sei. In Bewertung der Richtlinien kam der Minister zu dem Schluß, **die deutsch-österreichischen Vereinbarungen bewiesen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker seien als die Politik. Wir müssen, so schloß er, daraus die Lehre ziehen, daß auch wir neue Wege betreten müssen.** Unsere Verträge mit Jugoslawien und Rumänien werden sich sicherlich derart gestalten lassen, daß wir auch mit diesen beiden Staaten über Vorzugszölle und Kontingente zu einer Verständigung kommen. Wir müssen uns in erster Reihe an unsere nächsten Freunde halten und auf der politischen Kleinen Entente wird dann die wirtschaftliche Kleine Entente entstehen. Es muß mit der Notwendigkeit von Kontingenten und mit der daraus folgenden Notwendigkeit der Schaffung von Exportorganisationen gerechnet werden.

London, 24. März. Reuter meldet aus Paris: Der Staatssekretär des Aeußeren Henderson hat Briand gestern abend nicht mehr gesehen; aber er war in der Lage, sich vollkommen über die französische Haltung in der Frage der österreichisch-deutschen Zollvereinbarungen zu unterrichten, über die er zweifellos Besprechungen mit Briand haben wird. **Der britische Standpunkt scheint zu sein, daß alles vermieden werden sollte, was irgendwie nach Ueberstürzung aussieht.** Die Nachricht von der Vereinbarung ist in London erst am Sonnabend eingegangen, und es ist noch zu früh, sich ein endgültiges Urteil zu bilden. Alle Seiten der Frage und die eventuellen Rückwirkungen müssen geprüft werden, bevor eine Entscheidung über die einzunehmende Haltung erfolgen kann. Auf jeden Fall dürfte das britische Foreign Office keine Entscheidung treffen, bevor Henderson nach London zurückgekehrt ist, wo er am Donnerstag oder Freitag erwartet wird.

Neuyork, 24. März. Herald Tribune bringt einen Leitartikel über die deutsch-österreichischen Vereinbarungen, in dem es u. a. heißt: **Wir haben hier ein Projekt, das im Namen der wirtschaftlichen Vernunft vorgebracht wird zu einer Zeit, da Europa wirtschaftliche Vernunft am meisten nötig hat. Aber dieses Projekt trägt weitreichende Folgen in sich, die das ganze System gefährden, auf dem Frankreich seine Politik aufbaute,** selbst wenn es sich nicht um eine tatsächliche Vertragsverletzung handelt.

Die dem Problem zugrundeliegenden Schwierigkeiten waren immer groß und wurden weiter kompliziert durch die Tendenzen des Versailler Vertrages, der den wirtschaftlichen Faktoren wenig Rechnung trug und zu sehr die nationalistischen Ansprüche berücksichtigte. Längst wurde offenbar, daß diese Orientierung früher oder später geändert werden muß. Das Ziel einer weisen und geschickten Diplomatie sollte die Korrektur jener wirtschaftspolitischen Mißgriffe sein.

„Sorge um die Sicherheit"

Von Seeckt über die politische Lage.

Paris, 24. März. Im Rahmen seiner Deutschland-Enquete veröffentlicht der Excelsior heute Erklärungen des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Generals von Seeckt. Dieser erklärte, Deutschland und Frankreich könnten wirksam auf wirtschaftlichem Gebiete zusammenarbeiten. Bedauerlich sei jedoch, daß derartige Versuche fast immer auf den Widerstand der Politiker stießen. Die Besorgnisse Frankreichs und Deutschlands liefen in der gleichen Richtung, nämlich in der Sorge um Sicherheit. **Sollte die Abrüstungskonferenz einen Mißerfolg bringen und der Völkerbund seine alte Politik fortsetzen, dann müßte Deutschland ohne Zögern aus dem Völkerbund austreten.** Zwischen Frankreich und Polen eingekeilt, müsse Deutschland Verbindungen mit den Sowjets anknüpfen, obwohl man in Deutschland sehr wohl wisse, daß diese den Kreuzzug gegen die sogenannten kapitalistischen Länder predigten und dabei kaum einen Unterschied zwischen Deutschland, Frankreich oder England machten. Zum Schluß erklärte von Seeckt, wenn er für den Krieg wäre, dann würde er sich nicht mit der Lösung der theoretischen Probleme abgeben.

„Nebel der Weichsel"

Eine französische Stimme zum deutsch-polnischen Problem

Robert Tourly, der Verfasser der im Jahre 1928 erschienenen Studie „Der Konflikt von morgen: Berlin—Warschau—Danzig", in der er als Franzose die Unsinnigkeit und Gefährlichkeit der polnischen Korridorzerreißung längs der Weichsel nachweist, veröffentlicht soeben eine neue Arbeit über das Ostproblem unter dem Titel: „Hinter den Nebeln der Weichsel" („Derrière les brumes de la Vistule", Collection „La vie d'aujourd'hui", Band 18), in der er den deutschen Standpunkt in dieser nicht nur für Deutschland so wichtigen Frage in bemerkenswerter Weise gerecht wird.

Der polnische Korridor, die Weichselgrenze, das vom Mutterlande abgetrennte Ostpreußen, die Freie Stadt Danzige, diese schmerzenden offenen Wunden an Deutschlands Körper, sind Gefahrenherde erster Ordnung im Staatsleben Europas, die das Augenmerk der ganzen Welt auf sich richten müssen. Wir müssen es begrüßen, daß auch die Angehörigen der uns ehemals feindlichen Staaten im Laufe der letzten Jahre immer häufiger zum Studium dieses brennenden Problems im deutschen Osten eintreffen, um sich an Ort und Stelle von der Schädlichkeit des durch den Versailler Vertrag geschaffenen friedlosen Zustandes an Deutschlands Ostgrenze zu überzeugen und der Welt ein klares Bild dieser Lage zeichnen, das seinen Eindruck bei einiger Objektivität nicht verfehlen wird.

Denn ein jeder, der die ungeheure Wirtschaftsnot Ostpreußens infolge der Abtrennung erlebt hat, ein jeder, der an dem jetzt völlig vernachlässigten, ehemals so stolzen und belebten Weichselstrome die Errungenschaften einer etwas mehr als zehnjährigen Herrschaft des polnischen Staates sieht, ein jeder, der den lächerlich und verhöhnend wirkenden Zugang Ostpreußens zur Weichsel in dem kläglichen Hafen von Kurzebrack auf sich wirken läßt, ein jeder, der die Entwicklung des Danziger Problems, das durch das Emporschnellen des polnischen Hafens von Gdingen in ein neues Stadium getreten ist, aufmerksam beobachtet, muß sich und seine Mitbürger von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes überzeugen. Robert Tourly ist ein guter Kenner des deutschen Ostens. Mit scharfem Blick erkennt und meistert er die mannigfachsten Ostprobleme, die dem Deutschen geläufig sein sollen und die für den im politischen Leben Stehenden im großen und ganzen nichts Neues bieten, die dem Auslande aber immer wieder nahegebracht und eingehämmert werden müssen.

Von der ostpreußischen Metropole, der Kantstadt Königsberg, dessen überragend kulturelle Bedeutung für den Osten aufgezeigt wird, führt sein Weg über die ostpreußische Industrie- und Handelsstadt Elbing, weiter über Danzig und Gdingen nach der Hauptstadt des Ermlandes Allenstein, der Zierde unter den ostpreußischen Städten, um dann über Stuhm an der Weichselgrenze zu enden. Ueberall findet er eine im Laufe vieler Jahrhunderte entwickelte hohe deutsche Kultur, daneben aber infolge der Neugestaltung geradezu katastrophale wirtschaftliche Lage, die sich naturgemäß ganz besonders in Königsberg in schroffster Form auswirkt. Das frühere Zentrum für den Handel von und nach Rußland hat infolge der Veränderung der politischen Struktur dieses Landes und der Vorlagerung der Randstaaten als trennendes Hindernis für den Handelsverkehr seine Weltbedeutung verloren. Die in der Hoffnung auf einen sich rapid entwickelnden Handel mit der Sowjetunion geschaffenen großzügigen Hafenanlagen und sonstigen Bauten haben vorläufig ihren Zweck verfehlt und stehen leer.

Dasselbe Bild finden wir in Elbing, wo die großen Industrieanlagen von Schichau und Kommik zum größten Teile brachliegen. Die Danziger Wirtschaft wird durch das im amerikanischen Tempo von der polnischen Regierung emporgehätschelte Gdingen bereits jetzt in außerordentlichem Maße gefährdet und durch die vielen Tarif-Vergünstigungen benachteiligt. Die sogenannten polnischen Minderheiten, die Masuren und Ermländer, werden im Zusammenhang mit der 1920 stattgehabten Abstimmung mit ihrem gewaltigen Siege für das Deutschtum gestreift. Wir werden an die Grenzstellen der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder geführt, wo durch die Grenzziehung viele Eisenbahnlinien und Hunderte von Straßen und Wegen zerschnitten und ihrer Bestimmung, der Vermittlung von Land zu Land, beraubt wurden. Wir werden daran erinnert, daß der Bezirk Soldau lediglich aus strategischen Gründen als wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, ohne Abstimmung von Ostpreußen losgerissen und zu Polen geschlagen wurde.

Nachdem der Verfasser dann eingehend auf die Entwicklung des polnischen Militarismus, auf die Militarisierung der gesamten polnischen Jugend, der verschiedensten Behörden und, ganz besonders, der inneren Verwaltung, hingewiesen hat, kommt er zu dem Schluß, daß der Korri-